

**„Mehr als nur Binnenmarkt – Europa weiter entwickeln für Niedersachsen“
Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil vor dem Niedersächsischen
Landtag am 15. Mai 2014**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

am 25. Mai diesen Jahres, in genau 10 Tagen, werden wir in ganz Europa und auch bei uns in Niedersachsen das neue Europäische Parlament wählen. Ich freue mich sehr, dass sich die Fraktionen des Niedersächsischen Landtages aus diesem Anlass auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag verständigt haben, den wir heute noch beraten werden und dem ich vollinhaltlich zustimme.

Die Entwicklung der Europäischen Union betrifft das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Landesregierung ganz unmittelbar. Die europäische Entwicklung ist von allergrößter Tragweite für uns in Niedersachsen. Deswegen dürfen wir den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht desinteressiert oder gar distanziert gegenüberstehen, sondern müssen genauso engagiert für sie werben, wie es bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen oder Kommunalwahlen für uns selbstverständlich ist. Machen wir uns nichts vor: Die Zustimmung zu einem einigen Europa und zur Europäischen Union ist keineswegs mehr überall selbstverständlich. Das gilt in vielen europäischen Ländern und – erfreulicherweise nur in abgeschwächter Form – auch bei uns in Deutschland. Ich betrachte es als Aufgabe aller verantwortungsbewussten politischen Kräfte, sich einem solchen schleichenden Euro-Skeptizismus engagiert entgegenzustellen. Wir in Deutschland, wie in Niedersachsen haben allen Grund dazu, für Europa zu werben!

Lassen Sie mich nur einige der wichtigsten Gründe für diese Meinung nennen, die mehr als eine Meinung, die eine Einstellung und eine Haltung ist:

In wenigen Monaten werden wir uns gemeinsam an den Herbst 1989 erinnern. Das waren historische Wochen, an die wir uns alle miteinander unser ganzes Leben lang nicht vergessen werden. Es war eine Zeit, als nach und nach der Warschauer Pakt in sich zusammenfiel und die friedliche Revolution in Osteuropa die Grundlage für eine neue Demokratie bildete. Es war die Zeit, als wir in der alten Bundesrepublik staunend und voller Bewunderung die friedliche Revolution in der DDR verfolgten. Es war die Zeit, als die Mauer fiel und wir das Wunder der deutschen Einigung erlebten.

Nicht nur der Prozess der deutschen Einigung, auch die europäische Einigung insgesamt hat sich für unser Land sehr positiv ausgewirkt. Niedersachsen ist heute kein Grenzland mehr an der Nahtstelle des Kalten Krieges, Niedersachsen liegt im Herzen Europas, in seinem Zentrum. Die Europäische Union endet heute nicht mehr an der niedersächsischen Ostgrenze, sondern geht weit darüber hinaus. Die Situation unseres Landes hat sich durch die europäische Einigung fundamental verändert.

Was wir seitdem erlebt haben, ist tatsächlich einmalig: wann in der Geschichte – nicht allein in der kurzen Geschichte des Bundeslandes Niedersachsen, sondern weit darüber hinaus -, wann in der Geschichte hat es über 50 Jahre des Friedens in unserer Heimat gegeben, der persönlichen und der politischen Freiheit, des zunehmenden Wohlstands? Die Antwort lautet: niemals! - Wir verdanken der europäischen Einigung eine historisch einmalige Blütezeit unserer Heimat.

Das in Erinnerung zu rufen, ist nicht überflüssig in einer Zeit, in der vor allem junge Leute Schlagbäume und Reisepässe innerhalb Europas schlichtweg nicht mehr kennen. Die

europäische Einigung ist ein historisches Friedensprojekt und schon deswegen verdient sie es, mit Überzeugung und Begeisterung vertreten zu werden.

Diesen Feststellungen wird ernsthaft kaum jemand widersprechen, aber dennoch erleben wir auch in unserem Bundesland Skepsis und Distanz gegenüber der Europäischen Union. Vor allem deswegen, weil die unschätzbaren Vorteile dieses Projektes inzwischen als selbstverständlich angesehen werden und auf der anderen Seite manchmal der Eindruck herrscht, Europa nehme nur, gebe aber nichts.

Wir müssen dieses Klischee ernst nehmen, aber wir dürfen es nicht unwidersprochen lassen. Es ist schlichtweg falsch – das müssen wir immer und überall in Erinnerung rufen.

Es ist falsch, wenn wir auf die wirtschaftliche Entwicklung schauen, gerade auch bei uns in Niedersachsen. Nicht weniger als 2/3 der Exporte niedersächsischer Unternehmen gehen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deutschland hat als Exportnation von den offenen Grenzen im europäischen Binnenmarkt ganz besonders profitiert – und damit auch wir in Niedersachsen. Wo wäre heute die Volkswagen AG, wo wäre die Continental AG, wo wäre die niedersächsische Agrarwirtschaft – um nur einige Beispiele zu nennen – ohne den europäischen Binnenmarkt. Wie viele Arbeitsplätze würde es bei uns in Niedersachsen kosten, hätten wir nicht eine gemeinsame Währung mit unseren europäischen Nachbarn? Und wie wären wohl die Exportmöglichkeiten in den außereuropäischen Raum, würde nicht auch die niedersächsische Wirtschaft davon profitieren, dass die europäische Staatengemeinschaft zum Beispiel in Zollfragen mit einer Stimme spricht.

Nein, wem es um den Wohlstand und die Arbeitsplätze in unserem Land geht, der muss den Europa- und Eurokritikern laut und deutlich widersprechen: Europa und der Euro sind eine entscheidende Grundlage unseres Wohlstands in Niedersachsen!

Europa gibt nicht, Europa nimmt nur? Der Gegenbeweis lässt ganz konkret in jeder niedersächsischen Region führen. In allen Teilen Niedersachsens gibt es Projekte und Vorhaben, die in den vergangenen Jahren durch die Strukturförderung der Europäischen Union realisiert werden konnten. Leider werden wir in der nächsten Förderperiode einen Rückgang dieser Förderung zu verzeichnen haben, aber bis zum Ende des Jahrzehnts wird aus dem Europäischen Sozialfonds, dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem europäischen Programm zur Förderung der ländlichen Entwicklung 2,1 Milliarden Euro nach Niedersachsen fließen. Dazu kommen weitere Programme, etwa zur Förderung grenzüberschreitender Projekte.

Wir sind auf diese Unterstützung dringend angewiesen. Ohne die europäische Strukturförderung wären wir unter den finanziellen Gegebenheiten des Landes Niedersachsen nicht im Stande, die regionale Entwicklung in unserem Land wirkungsvoll voranzubringen. Das ist ein Thema, das gerade für uns in Niedersachsen von sehr großer Bedeutung ist. Überall in Europa, aber gerade auch bei uns in Niedersachsen begegnen wir dem Phänomen, dass sich unsere Regionen auseinanderentwickeln. Wir freuen uns über die Dynamik und das Wachstum der großen Städte in Niedersachsen, wir freuen uns über die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung vor allen Dingen im niedersächsischen Westen, aber wir müssen uns Sorgen machen um die Perspektiven anderer Regionen in unserem Land – im Süden, im Osten und in anderen Räumen Niedersachsens. Ich halte diese regionale Disparität für eine der größten Herausforderungen, die sich für uns in Niedersachsen überhaupt stellt.

Gerade vor diesem Hintergrund erklärt sich, wie wichtig die Unterstützung aus Europa für uns ist. Wir haben vor, diese Chance zu nutzen. Die neuen Fördergrundsätze der Europäischen Union geben uns die Möglichkeit eine integrierte Planung für einzelne Regionen auf den Weg zu bringen, gemeinsam mit den Kommunen, der Wirtschaft und

vielen anderen Beteiligten. Wir wollen diese Möglichkeit engagiert nutzen - zum Wohle der Regionen in Niedersachsen und der Menschen in diesen Regionen.

Europa nimmt an der einen oder anderen Stelle, aber unter dem Strich, gibt Europa viel mehr. Europa ist für uns nicht mehr wegzudenken und deswegen verdient es Europa auch, dass wir für den Einigungsprozess werben, dass wir uns zu diesem Einigungsprozess bekennen und dass wir uns für die europäische Einigung engagieren.

Gleichwohl wäre es falsch, Skepsis und Kritik in unserer Gesellschaft an der Entwicklung der Europäischen Union einfach nur abzutun. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade die engagiertesten Freundinnen und Freunde der europäischen Einigung müssen das größte Interesse an einer positiven weiteren Entwicklung haben.

An dieser Stelle gibt es in den nächsten Jahren manches zu tun. Wenn es heißt, Europa erreiche nicht die Herzen der Bürgerinnen und Bürger, übersetze ich diese durchaus zutreffende Beobachtung für mich so: Europa muss mehr sein als nur ein ökonomisches Projekt, Europa muss mehr sein als nur ein Binnenmarkt, Europa muss Ziele für die nachhaltige und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft haben und diese Ziele auch Stück für Stück umsetzen.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass vor allem die Europäische Kommission der Entwicklung des Binnenmarktes und des Wettbewerbs zu viel, und anderen Gesichtspunkten zu wenig Augenmerk geschenkt hat. In Niedersachsen denken wir vor allem an den mehr als ein Jahrzehnt tobenden Streit um das VW-Gesetz. Während der Volkswagenkonzern sich auf der Grundlage von Mitbestimmung und sozialer Verantwortung, aber auch der Anteilseignerschaft des Landes Niedersachsen immer erfolgreicher entwickelt hat, wurden diese Grundlagen durch die Europäische Kommission unter Hinweis auf die Freiheit des Kapitalmarktes angegriffen. Wir sind miteinander sehr froh, dass diese Auseinandersetzung mit Hilfe des EuGH mittlerweile beendet ist, aber neue Freunde hat sich Europa damit in Niedersachsen gewiss nicht gemacht. So etwas darf sich nicht wiederholen!

Vor wenigen Wochen haben wir einen Streit zwischen der Bundesrepublik und der Europäischen Kommission zur Zukunft der energieintensiven Industrie erlebt. Die ursprünglichen Vorgaben der EU hätten gerade auch in Niedersachsen viele Tausend Arbeitsplätze gefährdet, bei der Salzgitter AG ebenso wie bei Dow Deutschland in Stade, der Nordenhamer Zinkhütte oder vielen anderen Unternehmen. Ich bin sehr froh, dass es der Bundesregierung gelungen ist, doch noch ein verträgliches Ergebnis zu erzielen, ihr Engagement und ihr Verhandlungsgeschick verdienen jede Anerkennung. Aber die EU-Kommission ist zu fragen: Wem in Europa wäre eigentlich damit gedient gewesen, wenn es bei den ursprünglichen Absichten geblieben wäre? Die Industrie in unserem Land ist nicht Teil der Probleme in Europa, sie ist Teil der Lösung, das ist meine feste Überzeugung.

Europa darf keinen Tunnelblick entwickeln, der sich nur auf den Binnenmarkt und den Wettbewerb richtet. Europa muss sich mehr als früher als eine Wertegemeinschaft profilieren. Als eine Gemeinschaft, die sich engagiert für die nachhaltige Entwicklung, für Solidarität und Chancengleichheit einsetzt, in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auch weltweit.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ist unverändert dramatisch, in einzelnen Mitgliedstaaten beläuft sie sich auf 60 %. Das mag auf den ersten Blick für uns in Deutschland durchaus Vorteile haben, machen sich doch junge qualifizierte Menschen aus Südeuropa auf den Weg nach Niedersachsen. Auf den zweiten Blick ist diese Entwicklung aber verhängnisvoll. In einer europäischen Gesellschaft, in der sich eine ganze Generation ohne jede Chance fühlt, wird auch der Glaube an die Demokratie und an eine gemeinsame europäische Zukunft erschüttert. Deswegen ist es nicht akzeptabel, wenn Europa weiterhin den jungen Menschen in Südeuropa die kalte Schulter zeigt.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel erwähnen: Wo auf der Welt besteht denn die Chance, den Klimaschutz voranzutreiben, wenn nicht in der Europäischen Union? Nach vielen guten Vorsätzen in den vergangenen Jahren erleben wir derzeit aber einen leisen Rückzug. Die Folgen spüren wir auch in Niedersachsen, wenn zum Beispiel moderne Gaskraftwerke vom Netz genommen werden müssen, weil sie nicht mehr genügend Gewinn abwerfen. Umgekehrt pusten bei uns und in anderen europäischen Ländern alte Kohlekraftwerke unvermindert CO₂ in die Atmosphäre. Der mit allen guten Absichten ins Leben gerufene Handel für CO₂-Zertifikate funktioniert nicht, die Preise sind „im Keller“. Wem ernsthaft am Klimaschutz gelegen ist, wer insbesondere auch die deutsche Energiewende mit Erfolg weiterführen will, der muss sich energisch für eine Reform des CO₂-Handels auf der europäischen Ebene einsetzen.

Und lassen Sie mich ein drittes Beispiel nennen, dessen Bedeutung wir allmählich zu erahnen beginnen. Ein substantielles Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika würde weit mehr als nur einige Zölle hüben und drüben beseitigen. Tatsächlich würden zwei Wirtschaftsräume gemeinsame Regeln aufstellen, die zusammen sage und schreibe 70 % des Welthandels ausmachen. Man muss kein Prophet sein, um zu erahnen, dass auf dieser Grundlage die Maßstäbe auch für andere Volkswirtschaften gesetzt würden. TTIP ist also eine Chance – eine Chance zur Reduzierung von Kosten und eine Chance gemeinsame Normen und Standards zu finden. Dies sind die positiven Seiten. TTIP kann sich aber auch ein Risiko erweisen. Arbeitnehmerschutzrechte und Verbraucherschutz dürfen wir nicht auf dem Altar des freien Handels opfern, sie sind Ausdruck unseres Bildes einer Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Deswegen ist es richtig, genau diese Fragen zu verhandeln. Genauso wichtig ist es aber, diesen Verhandlungen mit äußerster Aufmerksamkeit zu folgen und sie zum Gegenstand einer breiten auch öffentlichen Diskussion zu machen.

Das starke und immer größer werdende Europa hat eine große Verantwortung übernommen. Diese Verantwortung geht auch über den aktuellen Kreis der europäischen Mitgliedsstaaten hinaus. Ich bin in der vergangenen Woche an der Spitze einer großen Delegation aus Niedersachsen in der Türkei gewesen. In vielen Treffen haben meine Gesprächspartner ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, wie denn wohl die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land sich entwickeln könnte, wenn Europa und die USA einen Zaun um einen gewaltigen Block des Welthandels errichten würden. Daran zeigt sich, ein starkes Europa muss sich seiner Verantwortung bewusst zu sein für die eigenen Mitgliedsstaaten, aber auch weit darüber hinaus.

Europa habe die Herzen seiner Bürgerinnen und Bürger verloren – diesen Hinweis müssen wir auch in anderer Hinsicht sehr ernst nehmen. Dass Bürgerinnen und Bürger die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der europäischen Politik nicht ohne weiteres nachvollziehen können, kann ich gut verstehen, mir selbst geht es immer wieder ähnlich. EU-Kommissare haben beispielsweise kein Weisungsrecht gegenüber der eigenen Generaldirektion, sie müssen dafür einen Beschluss der gesamten Kommission herbeiführen.

Europa würde also mehr Demokratie guttun. Und es würde Europa auch guttun, wenn einzelne Persönlichkeiten mit der europäischen Politik identifiziert werden können, auch so entsteht Bindung bei Wählerinnen und Wählern. Deswegen begrüße ich es sehr, dass der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin der Europäischen Kommission nicht mehr hinter den verschlossenen Türen des Europäischen Rates, sondern in parlamentarischer Verantwortung und öffentlicher Sitzung von den Abgeordneten des nächsten Europäischen Parlaments gewählt wird. Dass es sich dabei um die Kandidaten handelt, mit denen die Parteien jetzt gerade bei den Wählerinnen und Wählern werben, sollte selbstverständlich sein. Europa braucht mehr Vertrauen, Europa darf Vertrauen nicht verspielen!

Und noch etwas würde Europa guttun: Mehr Selbstbeschränkung, mehr Zurückhaltung, gelegentlich mehr Bescheidenheit. Grundlage des europäischen Einigungsprozesses ist nicht der Gedanke an einen alles regelnden europäischen Zentralstaat. Ich persönlich stände einer solchen Vorstellung auch einigermaßen kritisch gegenüber. Gerade in Deutschland haben wir sehr gute Erfahrungen damit gemacht, Verantwortung zu delegieren und der Föderalismus in Deutschland ist nach meiner festen Überzeugung einer der Erfolgsfaktoren für die Entwicklung unseres Landes. Mit diesem Bild eines Staates und einer Staatengemeinschaft, die sich der Subsidiarität verpflichtet fühlen, verträgt es sich nicht, immer mehr Sachverhalte ohne Rücksicht auf unterschiedliche Gegebenheiten in den einzelnen Teilen Europas über einen Kamm zu scheren. Ich bin überzeugt davon, für die weitere europäische Einigung ist es von zentraler Bedeutung, dass sich die EU sehr viel stärker der Subsidiarität verpflichtet fühlt, als dies bisher geschehen ist. Bei zahlreichen Gesprächen mit europäischen Nachbarn in den vergangenen Monaten habe ich den Eindruck gewonnen, dass diese Haltung weit über Deutschland hinaus anzutreffen ist.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, ich sagte es, sind für uns in Niedersachsen von allergrößter Bedeutung. Wir sind mit Europa untrennbar verbunden, auch die Entwicklung bei uns in Niedersachsen wird entscheidend durch Europa geprägt. Wir wissen was wir an Europa haben und heute wird sich ein weiteres Mal der Niedersächsische Landtag einmütig zur europäischen Einigung bekennen. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Europa ist nicht fertig und Europa ist nicht perfekt. Es bedarf eines hohen Engagements, um die weitere politische Entwicklung in Europa in die richtige Richtung zu lenken. Daran wird sich die Niedersächsische Landesregierung, aber auch sicher die Landespolitik insgesamt mit großer Intensität und großem Engagement beteiligen.

Davor steht aber in den nächsten Tagen nach meiner Überzeugung noch etwas anderes: Die Werbung für Europa. Europa hat uns in Niedersachsen viel gebracht, Europa ist die Grundlage unserer Zukunft in Niedersachsen. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam überall für Europa werben. Die europäische Einigung ist es wert!